

Vorausfrage, und zwar, wie viele landwirtschaftliche Praktiker bereits behaupten, wird er kaum etwas anderes erleben als die Fortsetzung der unheimlich beständigen Witterungsanomalien. Das wäre recht bedauerlich, aber wir müssen uns damit abfinden.

(Aus dem Sächsischen Gesetzblatt.) Das Sächsische Gesetzblatt Nr. 1 vom 11. Januar enthält: Eine erste Aenderung der Verordnung über Aufstellung von Verbrennungskraftmaschinen; ferner eine Ausführungsverordnung zum Reichsnachschußgesetz; eine Aenderung von Ausführungsverordnungen zur Reichsversicherungsordnung; eine Verordnung über die Anmeldung von Neubauten in Marktanleihen der Gemeinden usw. zum Umtausch in Ablösungsanleihe. Nach letzterer wird die Frist für die Anmeldung der Marktanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände bis zum 29. Februar 1928 verlängert, sofern nicht gleichzeitig mit der Anmeldung die Gewährung von Auslosungsrechten beantragt wird. Das Gleiche gilt für die Anwendung solcher Marktanleihen öffentlich-rechtlicher Körperschaften, auf die die Vorschriften des Anleiheablösungsgesetzes über die Marktanleihen der Gemeinden und Gemeindeverbände für anwendbar erklärt worden sind. — In einer Enteignungsverordnung endlich wird der Aktiengesellschaft Sächsische Werke Dresden für die Herstellung einer elektrischen Starkstromleitung vom Umpfanwerk Silberstraße (Amtl. Zwifan) nach Zwönitz nach Maßgabe der genehmigten Pläne das Enteignungsrecht verliehen.

(Eine Erfindung zur Kontrollierung der Automobilgeschwindigkeit.) Einem norwegischen Polizeibeamten ist es gelungen, eine aufsehenerregende Erfindung zu machen, die auf dem Gebiete des Autoverkehrs große Bedeutung gewinnen dürfte. Es handelt sich um einen Apparat, der es ermöglicht, die Schnelligkeitsentwicklung der Automobile jederzeit genau zu kontrollieren. Durch einen sinnreichen Mechanismus wird eine mit dem Motor in Verbindung stehende Sirene bei Ueberschreitung der Geschwindigkeitsgrenze automatisch eingeschaltet. Unabhängig vom Signalapparat fällt bei Ueberschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit eine kleine Glasugel in einen blombierten Kontrollbehälter. Dadurch ist der Polizei die Möglichkeit gegeben, jederzeit festzustellen, ob und wie oft ein Auto die Geschwindigkeitsvorschriften übertreten hat. Beide Mechanismen können auf jede gewünschte Fahrgeschwindigkeit eingestellt sowie bei Rennen ausgeschaltet werden. Die ersten Probefahrten haben die praktische Brauchbarkeit der Erfindung bereits einwandfrei erwiesen.

(sek. Deutsche Stellenvermittlungen im Ausland.) In fast allen Ländern, die in der Nachkriegszeit den Strom der deutschen Auswanderer aufgenommen haben, sind zur Förderung der deutschen Einwanderer Stellenvermittlungen entstanden, deren Träger vertrauenswürdige Organisationen sind. Zur Vinderung der Not unter den Auswanderern haben sie wesentlich beigetragen. Besondere Beziehungen zu diesen Stellen unterhalten die Evangelischen Auswanderermissionen in Hamburg, Rautenbergstraße 11, und Bremen, Georgstraße 22. Während seines Aufenthaltes in den Hafenstädten kann dort jeder Auswanderer eine Selektkarte an diese Stellenvermittlungen erhalten.

(Die Grippe grassiert wieder! — Rechtzeitig vorbeugen!) Fast zur gleichen Zeit wie im vorigen Jahre laufen erneut Nachrichten von einer Grippeepidemie ein. Am Augenblick läßt sich noch nicht übersehen, ob sie gefährlichen Umfang annehmen wird. Allgemein erfolgt die Verbreitung der Grippeepidemie in rasendem Tempo. Ganze Länderstriche werden von ihr befallen, und man kann geradezu mit Sicherheit den Weg der Grippe feststellen. Hinzukommt die große Gefahr der Verschleppung durch Reisende, wodurch namentlich die großen Städte bedroht werden. Man hat in letzter Zeit die Beobachtung gemacht, daß die Grippeepidemien im Westen Europas ihren Anfang nehmen. Sie machen jedoch keinen Halt vor den natürlichen Landesgrenzen ihre Verbreitung wird nicht einmal durch die Meere verhindert. — Ein Allheilmittel bzw. eine auf alle Fälle wirkende Vorbeugungsmaßregel gegen die Grippe gibt es nicht. Man kann sich lediglich bemühen, möglichst ungünstige Bedingungen für ihre Uebertragung und die Weiterverbreitung zu schaffen. Besonders sehe man sich jetzt vor Erkältungen vor, da wir in diesem Zustande bekanntlich sehr ansteckungsgefährdet sind. Wir können übrigens darauf aufmerksam machen, daß die Schwere der Grippeerkrankungen im letzten Jahre nachgelassen hat, sodaß auch eine übertriebene Angstlichkeit der Bevölkerung nicht nötig ist.

(Kommunalpolitische Arbeitstagung des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes der Kreise Dresden und Bautzen — Jittau.) Zu einer Tagung seiner kommunalpolitisch tätigen Mitglieder aus den Kreisen Dresden und Bautzen. Jittau hatte der DVB für gestern nach den „Drei Raben“ geladen. In seiner Einleitungsrede umriß Gaubildungsobmann Bleiching die Aufgaben der als Stadtverordneten und Gemeindevorsteher tätigen Mitglieder und den Zweck der Tagung. Nach begrüßenden Worten des Vertrauensmannes der Ortsgruppe Dresden, Herrn Riede, referierte Herr Böhme, Berlin über das Thema: Das Wohnungs- und Siedlungsweisen. 92 000 Familien sind in Sachsen ohne Wohnung. Aufgabe der Reichsregierung sei es, die auftretenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Wohnungsbauwesens zu beseitigen. Die Gesetzgebung über Gebäudeversicherung und Mieterschutz müssen baldigst unter Dach gebracht werden. Verwaltungsmittelglied Habermann, Hamburg behandelte das Reichschulgesetz. Einleitend zeichnete er in der geschichtlichen Entwicklung die Bedeutung und die fördernde Wirkung des christlichen Bekenntnisses in der Schule. Der Buch, der in diesem Entwicklungsgang durch den politischen Umsturz im Jahre 1918 gebracht worden sei, müsse verdrängt werden durch das Reichschulgesetz zu beseitigen. Der Wille der Elternschaft muß in dieser Frage höher gewertet werden als die Politik der Lehrervereine. Die an beide Referate anschließenden Aussprachen zeigten die Schwierigkeiten in den einzelnen Gemeinden, wiesen aber gleichzeitig den Weg für nutzbringende Arbeit.

Bautzen. (Beurlaubung des Kreisauptmanns.) Herr Kreisauptmann Richter ist ab 13. d. M. auf die Dauer von drei Wochen beurlaubt.

Dresden. (Protest-Versammlung gegen den Reichschulgesetzentwurf.) Am Sonntag, dem

22. Januar 1928, vormittags 11 Uhr, findet in Dresden im Gewerbehause, Oststraße, eine öffentliche Protestkundgebung statt. Sie richtet sich gegen die Sonderbeschlüsse des Bildungsausschusses im Reichstag, die bei der Beratung des Reichschulgesetzentwurfes gegen Sachsen gefaßt wurden und die den Bestand der sächsischen Volksschule und die sächsischen Schulgesetze auf das schwerste gefährden. Es werden sprechen: Volksbildungsminister Dr. Kaiser, Innenminister Dr. Apelt, Stadtrat Dr. Böhme, Hochschulprofessor Dr. Kroner, Dresden, Universitätsprofessor Dr. Goetz, Leipzig. Zur Vorbereitung der Kundgebung hat sich ein Ausschuß gebildet, dem Staatsminister a. D. Prof. Dr. Scherf, Staatsminister a. D. Kreishauptmann Buck, Oberschulrat Dr. Kraner, Reichsminister a. D. Dr. Kütz und Landtagspräsident Schwarz angehören.

Dresden. (300 Millionen Mark sächsische Sparanlagen.) Nach dem Reichsamt für Statistik belief sich Ende November der Bestand an Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen Sachsens auf 292,6 Millionen Reichsmark. Die Steigerung hatte im November die Höhe von 6,1 Millionen gegenüber 8,6 im Oktober. Inzwischen dürfte bei zwar niedrigem Dezembereingang, jedoch erhöhten Januareinzahlungen und Zinszuschreibungen die 300-Millionen-Grenze erheblich überschritten sein. Der Bestand an Giro- usw. Einlagen im sächsischen Giro-netz belief sich Ende November auf 267,6 Millionen gegenüber 263,7 Millionen Ende Oktober und 256,7 Millionen Ende September; es ist also auch hier in den letzten Monaten ein ständiger Anstieg festzustellen.

Dresden. (750 Begnadigungen.) Man erfährt aus amtlicher Quelle, daß in Sachsen auf Grund der Hindenburg-Amnestie bisher rund 750 Personen begnadigt worden sind. Die Zahl der Begnadigungen dürfte sich aber wahrscheinlich noch weiter erhöhen.

Erfenberg. (Ein gefährliches Spiel.) Ein junger angetrunkenen Gewerbetreibender aus Erfenberg schoß in der Nacht auf der Straße zwischen Greiz und Erfenberg fortgesetzt aus seinem Revolver, ohne glücklicherweise jemand zu treffen. Bei seiner Festnahme gab er an, er habe sich die Waffe gekauft, um mißlicher Liebesverhältnisse wegen Selbstmord zu begehen. Er habe sich zunächst im Schießen geübt.

Pirna. (Kindertagodie.) Der Realschüler Reetz im Stadtteil Cobitz hatte unter dem Dache einen Revolver gefunden und forderte seinen Mitschüler Mohr auf, mit ihm Späßen zu schießen. In der Meinung, daß der Revolver nicht geladen sei, zielte Reetz im Scherz auf Mohr, es löste sich ein Schuß, der den Schüler Mohr tödlich traf. In der Verzweiflung über den Ausgang seines Scherzes schoß sich der unglückliche Schütze eine Kugel in den Mund und war sofort tot.

Leipzig. (Versicherungsbetrug.) Vom Großen Schöffengericht in Leipzig ist der Kassierer Arno Krause wegen Unterschlagung und Untreue zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Eine der Beisitzer und Anklage angeklagte Buchhalterin Frau Martha, verw. Sander, mußte mangels Beweises freigesprochen werden. Krause hat gegen das Urteil, soweit es ihn betrifft, Berufung eingelegt, ebenso die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch der Frau Sander. Krause hat den Allianz-Versicherungskonzern nach und nach um 33 000 Mark betrogen; er behauptete, er habe der Frau Sander, die um die Betrügereien gewußt habe, 7000—8000 Mark von diesem Gelde abgegeben, was von dieser aber energisch abgeleugnet wurde.

Ostschachjntag der Demokraten

Dr. Kütz über die politische Lage

Bautzen, 15. Januar. Am Sonntag fand hier unter Vorsitz von Minister a. D. Dr. Dehne die Tagung des Wahlfreies Ostschachjntages der Deutschen Demokratischen Partei statt. Den Hauptvortrag hielt Reichsminister a. D. Dr. Kütz, W. d. R., der in längerer Ausführungen die gegenwärtige politische Lage des Reiches erörterte. Dr. Kütz führte u. a. aus, das hinter uns liegende Jahr der Reichsregierung habe außenpolitisch irgendwelche erkennbaren Fortschritte nicht gebracht. Selbst die Zurückziehung einiger Tausend Mann aus dem besetzten Gebiet sei die nur mangelhafte Erfüllung einer bereits im November 1925 von der Völkerbundkonferenz gegebenen feierlichen Zusage. Das Kernproblem des Völkerebundes, die Abrüstungsfrage, sei trotz der ausgezeichneten Vertretung des deutschen Standpunktes durch den Großen Bernstorff der Lösung in keiner Weise näher gebracht worden, wohl aber zeige das Weltbild an zahlreichen Stellen starke Spannungsmomente. Die kommenden Wahlen sowohl in Frankreich wie in Deutschland würden eine Volksabstimmung darüber sein, ob die Politik der Entlassung der Verbündeten in dem Willen des Volkes fundiert sei. Für Deutschland könne das Ergebnis nicht zweifelhaft sein. Hand in Hand mit der politischen Annäherung der Völker der Welt, so erklärte Dr. Kütz weiter, müsse die wirtschaftliche gehen. Der Handelsvertrag mit Frankreich sei hier gewiß ein Aktivist, umso bedauerlicher aber sei es, daß die Verhandlungen mit Polen und mit der Tschekoslowakei noch zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hätten. Innenwirtschaftlich müsse es das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik sein, die deutsche Wirtschaft vor allen vermeintlichen Hemmnissen zu befreien und ein ausgeglichenes, den entgeltlichen Finanzansprüchen bringendes Steuersystem zu schaffen.

Die innerstaatlichen Probleme der Wahlrechtsreform, der Verwaltungsreform und der Modernisierung des Beamtenrechtes, um die soviel herumgeredet werde, könnten nur durch entschlossenes Zusammenarbeiten gelöst werden. Ein zu spät in der Wahlreform müsse zu unübersichtlichen Folgen führen. Das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern bedürfe grundlegender Nachprüfung. Eigenstaatliche Länder mit der Einwohnerzahl einer mäßigen Mittelstadt seien eine lächerliche Fiktion. Im Reich wie in den Ländern bedürften Justizämter und Organisation der Behörden genauer Abgrenzung und starker Zusammenfassung. Auch auf sozialem Gebiet seien große Probleme, die Wohnungsnot, der Kriegsschädenerlaß und die Kleinrentner Versorgung, ungelöst. Wenn das Ziel auch die freie Wohnungswirtschaft sein müsse, so könne doch nur schrittweise vorgegangen werden. In der angemessenen Erhebung der Liquidations-, Verdrängungs- und Kolonialschäden wie in der befriedigenden Versorgung der Kleinrentner gingen die Regierungsparteien nur zaghaft und unter Einsatz unzulänglicher Mittel vor. Auf kulturpolitischem Gebiet gelte die Behandlung des Reichschulgesetzes durch die Regierungsparteien von einer vollkommen falschen Orientierung und Zielsetzung aus. Bei der weltanschaulichen und konfessionellen Schichtung des deutschen Volkes sei jede Kulturpolitik vom Uebel, die Gefahr laufe, diese Schichtung zur Bertilung werden zu lassen. Das Volksschulwesen und die Gesetzgebung müsse daher nicht von der Weltanschauung oder der Konfession her zu orientieren, sondern von der Einheit des deutschen Volkstums und des deutschen Kulturquates. Die Volksschule müsse der Schule des Lebens entsprechen, die das Schicksal dem deutschen Volke auferlegt habe, die Schule des deutschen Lebens

sei aber richtig erfährt eine große Simultanschule, eine soziale und kulturelle Gemeinschaftsschule. Bei den kommenden Wahlen, so schloß Dr. Kütz seine Ausführungen, werde das deutsche Volk die Möglichkeit haben, seine Politik selbst zu orientieren. Jedes Volk habe in der Demokratie das Parlament, das es verdiene.

Neben Dr. Kütz sprachen noch Regierungsrat a. D. Meißner über die kommende Reichstagswahl. Frau Dr. Ullrich-Bell über die Organisation der Frauen und Student Helmut Eichler über die Organisation der Jugend.

Zum Reichschulgesetz nahm die Tagung nach Aussprache folgende Entschlußfassung an: „Die Mehrheit des Bildungsausschusses im Reichstag hat auf Anträge der in Sachsen gewählten Abgeordneten Dr. Philipps und Dr. Heine Beschlüsse gefaßt, die eine Ausnahme-gesetzgebung gegen Sachsen und seine fortschrittliche Volksschulgesetzgebung bedeuten und eine Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der sächsischen Volksschule und stärkere Konfessionalisierung als früher bewirken müßte. Der Ostschachjntag der Deutschen Demokratischen Partei protestiert gegen eine solche kulturfeindliche Politik und erwartet von allen Freunden einer fortschrittlichen Entwicklung der deutschen Kultur den schärfsten Widerstand gegen solche Bestrebungen.“

Bei der Vorstandswahl wurde Minister a. D. Dr. Dehne als erster Vorsitzender wiedergewählt, ebenso als erster stellv. Vorsitzender Dr. Kütz und als zweiter stellv. Vorsitzender der frühere Landtagsabgeordnete W. h. mann. Neu hinzugewählt wurde Prof. Dr. Kastner.

Die verschiedenen Amtsbezeichnungen.

Die Amtsbezeichnung „Branddirektor“ darf nur derjenige führen, der von der Gemeindebehörde amtlich zur Oberleitung des gesamten Feuerlöschwesens einer Gemeinde ernannt ist. Der berufene Stellvertreter des Branddirektors führt die Amtsbezeichnung „Brandmeister“, den Titel „Kommandant“ führt der oberste Führer einer großen, aus mehreren selbständigen Kompanien bestehenden Wehr. Hauptmann ist die Bezeichnung für den Führer einer mindestens aus Steigern und Spritzenmannschaft bestehenden Kompanie. Den Titel Zugführer führen die Führer eines vollständigen Zuges der Steiger oder Pioniere oder Spritzenmannschaft. Oberfeuerwehrmann oder Obersteiger ist die Bezeichnung des Führers einer Gruppe. Die sonst noch üblichen Dienstbezeichnungen Adjutant, Feldwebel oder Gerätemeister sind den beiden letztgenannten Führerklassen zuzuteilen.

Ortssonderzuschläge im Bankgewerbe.

In dem für das Bankgewerbe geltenden Reichsstarif ist für die Regelung der sogenannten Ortssonderzuschläge festgesetzt, daß diese den Arbeitnehmern an den betreffenden Plätzen nach den Grundätzen gezahlt werden, die jeweils für die Reichs-, Staats- usw. Beamten Geltung haben. Infolge der kürzlich vom Reichstag beschlossenen Neuregelung der Beamtenbesoldung sind diese Zuschläge nun entweder erheblich reduziert worden oder überhaupt weggefallen; in dessen werden die betreffenden Beamten entweder durch die eingetretene Gehaltssteigerung oder durch eine Abgeltung entschädigt. Ein von dem Deutschen Bankbeamtenverein beim Reichsverband der Bankleitungen gestellter Antrag, in gleicher Weise zu verfahren, wurde von diesem abgelehnt. Die genannte Angestelltenorganisation hat nunmehr das für solche Streitfälle vorgesehene Reichsstarifamt, dessen Vorsitzender der beim Reichsarbeitsgericht tätige Reichsgerichtsrat Dr. Königsberger ist, angerufen.

Ein Heiratschwindler von Format.

Herr „Beringenieur“ a. D. Ludwig Scherer, Vertreter industrieller Werke in Leipzig, stand unter der Anklage des Betruges und des Heiratschwindels vor dem Leipziger Schöffengericht. Das Gericht kamte ihn als einfachen, im Jahre 1880 zu Frankfurt a. M. geborenen Monteur Ludwig Scherer, denn er hatte wegen Delikte gleicher Art, wie sie ihm heute zum Vorwurf gemacht wurden, schon mehrfach vor Gericht gestanden. Scherer hat sich mit Frauen betanungemacht, hat in der heim Heiratschwindel üblichen Weise ihnen die Heirat versprochen und hat sie dann angepumpt. Eine dieser Frauen gab ihm 7 000, eine 300, eine 500 Mark und bei einer ist es beim Versuch geblieben. Die Frau, die 7 000 Mark gegeben hatte, wollte eines schönen Tages kein Geld mehr herauskriegen, da

zug Scherer eine Pistole und drohte die Frau zu erschließen; darauf erhielt er wieder Geld. Das Gericht verurteilte ihn wegen Betruges in drei Fällen, wegen versuchten Betruges und wegen unbefugten Waffenbesitzes sowie wegen Bedrohung zu der sehr milden Strafe von einem Jahr drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust.

Sonderveranstaltungen der Technischen Messe.

Mit der Leipziger Großen Technischen Messe und Baumeße vom 4. bis 14. März 1928 sind eine Anzahl Sonderveranstaltungen verbunden, die sicher in den Kreisen von Handel und Industrie lebhaftem Interesse begegnen werden, so eine betriebstechnische Tagung, veranstaltet von dem Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure, eine eisenbahntechnische Tagung (Eisenbahnwertstätten-tagung), veranstaltet von der Deutschen Maschinen-technischen Gesellschaft, eine Vortragsreihe für Entwicklungstendenzen im Luftkraftwagenbau, veranstaltet vom Reichsverband der Automobilindustrie und dem Verein Deutscher Ingenieure, und ein Studententag. Vorgelesen ist ferner eine Sonderveranstaltung für die Rüsttechnik in Nahrungsmittelbetrieben. — Aus dem Gebiete des Bauwesens sind anzuführen: Vorträge über Fortschritte im Bauwesen, Vorträge über Straßenbau, dann eine Messetagung der Ziegelindustriellen.

Gratulationscour beim Reichskanzler.

Berlin. Anlässlich des 65. Geburtstages des Reichskanzlers Dr. Marx erschien am Sonntag mittig 12 Uhr Reichspräsident von Hindenburg persönlich in der Reichskanzlei, um den Kanzler zu beglückwünschen. Eine halbe Stunde später überbrachte Reichsjustizminister Herzt die Glückwünsche des Reichskabinetts. Als Vertreter des Reichsrats erschienen Staatssekretär Weismann und die Ge-sandten v. Poeger und v. Voden.

Am die Nachfolgeschafft Geplers.

Berlin. Der Reichskanzler Dr. Marx erstattete am